

Berlin, den 13.5.2002

## **Offener Protestbrief an Frau Dr. Knake-Werner**

Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz  
fon: 9 02 80, fax: 90 28 20 56  
Oranienstraße 106 in 10969 Berlin

Liebe Frau Knake-Werner!

Wir als »Initiative gegen das Chipkartensystem« und »Initiative gegen Abschiebehaft« beschäftigen uns schon seit längerem mit der restriktiven Ausländergesetzgebung in der BRD und speziell in Berlin. So bekommen Flüchtlinge in Berlin bereits seit über drei Jahren ihre sowieso auf 80% des normalen Satzes gekürzte Sozialhilfe in Form von diskriminierenden elektronischen lesbaren Chipkarten ausgezahlt. Dieses Kartensystem ist aus unterschiedlichen Gründen rassistisch und diskriminierend und deshalb abzuschaffen.

Wie Ihnen mit Sicherheit bekannt ist, werden in der ersten Anhörung zum Asylverfahren nur gut 2% der Anträge anerkannt. Erst in den darauf folgenden Widersprüchen werden diese Entscheidungen revidiert, so dass mit Gerichtsverfahren ca. 10% der AsylbewerberInnen anerkannt werden. Es werden also mindestens 8% (denn es reichen ja nicht alle Flüchtlinge Widerspruch ein) als unbegründet abgelehnt, obwohl sie einen Anspruch auf einen Flüchtlingsstatus haben. Diese Widersprüche sind jedoch nur mit Anwalt/Anwältin möglich und diese arbeiten leider nicht umsonst. Es gibt zwar die Möglichkeit, Prozesskostenbeihilfe zu beantragen, aber diese wird immer erst nach den Verfahren gezahlt und alle AnwältInnen brauchen einen, wenn auch meistens kleinen, Vorschuss. Da die Flüchtlinge aber über so gut wie gar kein Bargeld verfügen, ist ihnen dieser Rechtsweg verschlossen. Denn es heißt leider in unserer Gesellschaft: kein Geld = keine AnwältIn = kein Asyl. Dies bedeutet de facto eine Aushebelung der Rechtsstaatlichkeit und eine rassistische motivierte Manipulation des Rechts auf die garantierte Widerspruchsmöglichkeit vor Gericht. Des Weiteren führen die Chipkarten zu einer öffentlichen Stigmatisierung und schüren so den gesellschaftlichen Rassismus. Denn in den Läden steht immer nur eine einzige Kasse für die Flüchtlinge zur Verfügung, an denen sich wegen des Systems lange Schlagen bilden, häufig sind die KassiererInnen genervt und die mit in der Schlange stehenden Deutschen machen ihrem Unmut rassistisch Luft. Denn eine staatlich verordnete 2-Klassengesellschaft führt zwangsläufig zu Vorurteilen und hetzt zu Fremdenhass auf.

Weiter sind diese Karten nur in sehr wenigen und meist sehr teuren Läden gültig, so beteiligen sich keine Billigläden wie ALDI oder LIDL an dem System sondern nur Ketten wie EXTRA oder Minimal. Dies bedeutet eine weitere faktische Kürzung der geringen Sozialhilfe.

**Wir fordern keine Verbesserungen an diesem rassistischen und diskriminierenden staatlichen Abschreckungsinstrument sondern seine sofortige Abschaffung!**

**Wir fordern weiterhin die sofortige Abschaffung der Sondergesetze für AusländerInnen in der BRD wie das Asylbewerberleistungsgesetz.**

Das Chipkartensystem ist zwar nur eine kleine Einschränkung im Vergleich zu dem allgemeinen Arbeitsverbot und der damit verbundenen Angewiesenheit auf staatliche Hilfen, die Residenzpflicht, die man-

gelnde medizinische Versorgung oder die Unterbringung in Heimen, aber eine besonders diskriminierende.

Als die PDS mit der SPD die Regierungsverantwortung in Berlin übernahm und wir die Koalitionsvereinbarungen lasen, waren wir voller Hoffnung auf eine kleine Änderung in Bezug auf die staatliche Diskriminierung von Flüchtlingen.

So steht folgendes in den Koalitionsvereinbarungen:

#### **Unter Punkt »14 Soziales«:<sup>1</sup>**

»3.3. Die Koalitionsparteien haben sich darüber verständigt, Leistungsempfangende nach dem AsylbLG soweit wie möglich die Unterbringung in Wohnungen zu gewähren.«

#### **Unter Punkt »7 Integration«<sup>2</sup>**

##### **»Abschiebungen und Abschiebungsgewahrsam**

Der Senat wird die in der vergangenen Legislaturperiode eingeleiteten Maßnahmen zur Vermeidung von Abschiebehaft und zur Verbesserung der Situation im Abschiebebegewahrsam weiterführen.

Der Senat wird insbesondere bei Minderjährigen von Abschiebehaft absehen, wenn die Erreichbarkeit gesichert ist.

Die medizinische Versorgung wird in Zusammenarbeit mit der Landesärztekammer verbessert.

Die baulichen Verhältnisse des Abschiebebegewahrsams werden verbessert. Dazu gehören auch die Beseitigung der Innengitter und die Umgestaltung der Besucherräume. Die Koalitionsparteien werden sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Abschiebung von Schwangeren zumindest drei Monate vor und nach der Geburt ausgesetzt wird.

##### **Aufenthaltsrechtlich statuslose Menschen (sans papiers)**

Wir wollen die Situation aufenthaltsrechtlich statusloser Menschen durch die Gewährleistung humanitärer Mindeststandards verbessern.«

Weiter ist in der Stellungnahme der PDS zu dem Zuwanderungsgesetz und zur Umsetzung innerhalb der Koalition mit der SPD zu lesen:<sup>3</sup>

##### **»Die Einrichtung von Ausreiseeinrichtungen ist als Repressionsinstrument abzulehnen.**

Die Regelungen der Abschiebungshaft werden aus dem bestehenden Ausländergesetz vollständig übernommen, obwohl sie seit Jahren von Expertinnen und Experten scharf kritisiert werden.

**Die Abschiebungshaft ist abzuschaffen. Zumindest aber sind entscheidende Verbesserungen, wie von Kirchen und anderen Stellen gefordert**

<sup>1</sup> <http://www.pds-berlin.de/politik/dok/koalentw14.html>

<sup>2</sup> <http://www.pds-berlin.de/politik/dok/koalentw07.html>

<sup>3</sup> <http://www.pds-berlin.de/politik/dok/downs/020127zuwandges.rtf>

(etwa in Bezug auf die Reduzierung der Hafthöchstdauer auf drei Monate, keine Abschiebungshaft Schwangerer), einzuführen.

**Aufhebung der „Residenzpflicht“, des Asylbewerberleistungsgesetzes, der sozialhilferechtlichen Beschränkung des Aufenthaltsraums durch Streichung des § 120 Abs. 5 des BSHG, der diskriminierenden Bestimmungen in Bundeskindergeldgesetz und Bundeserziehungsgeldgesetz und anderen Vorschriften.«**

Zusätzlich sollte das diskriminierende Chipkartensystem gekippt werden und wieder Bargeld an alle Flüchtlinge ausgezahlt werden.

Doch trotz dieser Zusicherungen wurde gerade der Vertrag mit der Chipkartenfirma INFRACARD verlängert. Auch die anderen Vereinbarungen entpuppen sich leider als leeres Gerede, denn bis jetzt wurde kein einziger der Beschlüsse umgesetzt. Nach unseren Informationen wurden noch einmal Überlegungen angestellt und Vorbereitungen getroffen, wie diese Beschlüsse umsetzbar seien. So liegen die Umsetzungsvorschläge in den Schränken der zuständigen Beamten und Beamtinnen und werden einfach nicht bearbeitet!

Wir fragen uns, warum wir uns von den Vereinbarungen so viel versprochen haben, wenn sie einfach nicht umgesetzt werden. Es hört sich natürlich humaner an als die politischen Vorgaben der CDU, aber wenn den Worten keine Taten folgen, zerbricht die Fassade schnell und zum Vorschein kommt ein auf antirassistisch motivierte WählerInnen zugeschnittenes Wahlprogramm, das aber nicht der Realität der Parteipolitik entspricht.

**Wir hoffen, dass die Umsetzung nicht vom Tisch ist und eventuell nur wegen dringender Themen verschoben ist, denn ihren »antirassistischen Kredit« hat sich die PDS verspielt, wenn jetzt nicht Taten folgen.**

Bitte beantworten Sie uns folgende Fragen:

**Wann und wie werden die Vereinbarungen umgesetzt?**

**Warum dauert es bei so wichtigen Entscheidungen so lange?**

**Warum wurde der Vertrag mit INFRACARD verlängert?**

**Warum werden Flüchtlinge immer noch in inhumanen Heimen untergebracht?**

In der Hoffnung, dass die Vereinbarungen in der nächsten Zeit Wirklichkeit werden und dass sich der humanitäre Anstrich der PDS als Realität erweist

Mit freundlichen Grüßen und der dringenden Bitte um eine Antwort

Freya Fluten, für die Initiative gegen das Chipkartensystem und die Initiative gegen Abschiebehaft

Initiative gegen das Chipkartensystem  
c/o Berliner Büro für gleiche Rechte  
Im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Tel: 030-42021571 (zur Zeit noch nicht) oder 0160-3410547, Fax: 030-42021570  
Mail: konsumfuerfreiesfluten@yahoo.com, <http://members.partisan.net/chipkartenini/>

Initiative gegen Abschiebehaft  
r/o KSG, Klopstr. 31, 10557 Berlin  
Tel: 030/41700915 (AB)  
Mail: Initiative.gegenAbschiebehaft@berlin.de, [www.berlinet.de/ari/ini](http://www.berlinet.de/ari/ini)